Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Roter Morgen

Juni 1968 2. Jahrgang Preis 20 Pfg.

Marxistisch-
leninistische
Monatszeitschrift

Stärkt die Reihen der revolutionären Front

Jeder Widerstand ist gerecht!

Die Notstandsgesetze wurden beschlossen. Trotz machtvoller Aktionen, zahlreicher Streiks, mutiger Aktionen von Studenten und jungen Arbeitern, Aufrufen zum Widerstand, gelang es nicht, ihre Annahme im Bundestag zu verhindern. Sie sind ein weiterer Schritt der Monopolbourgeoisie, eine allseitige faschistische Herrschaft in Westdeutschland zu errichten. Unter dem Vorwand des "Staatsnotstandes" ist die herrschende Clique jetzt jederzeit in der Lage, die Rede- und Versammlungsfreiheit, die Freizügigkeit einzuschränken und Bundeswehr gegen streikende Arbeiter aufmarschieren zu lassen: kurz, wie das Hitlerregime, zur offenen, faschistischen Terrorherrschaft überzugehen.

Daß es soweit kommen konnte, lag - wie schon vor 1933 - am offenen Verrat der sozialdemokratischen Herrschaftsclique und der reaktionären Bonzen im DGB. Wenn der Bundestag mit Mehrheit beschließt, sagten sie, können wir als gute Demokraten halt nichts machen. Wenn der Bundestag mit Mehrheit beschliessen würde, KZ's für alle Gegner der Monopoldiktatur einzuführen, würden sie als "Musterdemokraten" genauso handeln.

Wenn in der letzten Zeit die westdeutschen Monopolherren und die ihnen hörige Bundesregierung und höriger Bundestag ihre Anstrengungen verdoppeln, ihre reaktionärfaschistische Herrschaft zu festigen, so treibt sie die Angst vor den kommenden Jahren. Die allgemeine Krise in der kapitalistischen Welt verschlimmert sich ständig. Die Klassengegensätze wachsen, in zunehmendem Maße wird auch Europa vom Wetterleuchten revolutionärer Kämpfe erfaßt.

Rückschauend auf die letzten 20 Jahre kann man erkennen, wie Schritt für Schritt mit Hilfe der militaristisch-faschistischen Kräfte der US-Imperialismus Westdeutschland in ein Aggressionswerkzeug in Europa verwandelte, um weltweit seine Aggressions- und Kriegspolitik führen zu können. 1948 mit der von den Westmächten herbeigeführten Spaltung Deutschlands und 1949 mit Annahme des Grundgesetzes hatte es begonnen. 1953, nach der Bundestagswahl, fiel zum erstenmal das Wort von der notwendigen "Befreiung" der Brüder und Schwestern im Osten Deutschlands. Dann ging es Schlag auf Schlag: Eintritt in die NATO, Wiederbewaffnung, allgemeine Wehrpflicht, KPD-Verbot, Atombewaffnung, Große Koalition und jetzt die Notstandsverfassung.

Schritt für Schritt wurden aber auch Staatsapparat, Polizei, Militär, Verwaltung und Erziehungswesen von den Nazi-Faschisten unter Kontrolle gebracht. Altnazi Kiesinger und KZ-Baumeister Lübke sind nur die sichtbare Spitze der alles durchdringenden Restauration des Faschismus. Mit Billigung und unter dem Schutz der Bundesregierung tummeln sich in westdeutschen Gefilden über 100 revanchistische und Naziorganisationen, verbreiten mit Bundesmitteln ihr Gedankengut, während sich die neonazistische NPD darauf vorbereitet, in den Bundestag einzuziehen. Wir leben unter einer militaristisch-faschistischen Herrschaft, die sich nur noch aus optischen Gründen Formen der bürgerlich-parlamentarischen Ordnung bedient. Jeder Widerstand gegen dieses Regime in jeder Form ist gerecht und steht in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens vom 2.8.1945.

Wir sollten die Annahme der Notstandsgesetze nicht unter-, aber auch nicht überschätzen. Ob die Monopolbourgeoisie die Bundeswehr mit oder ohne Rechtsgrundlage auf streikende Arbeiter

schießen läßt, kommt schließlich auf dasselbe heraus. Je mehr man seitens der herrschenden Kreise die Rechte der werktätigen Massen einschränkt und Zwangsmaßnahmen ergreift, um so mehr wird deren Widerstand wachsen, wird den Herrschenden der Stein, den sie erhoben haben, auf die eigenen Füße fallen.

Was gilt es zu tun? Die Kämpfe der letzten Monate in Westdeutschland haben gezeigt, daß eine entschlossene Front von Studenten, Lehrlingen, jungen Arbeitern und Schülern vorhanden ist, die begriffen hat oder zu begreifen beginnt, daß ihre Forderungen endgültig nur verwirklicht werden können durch den Sturz der monopolkapitalistischen Diktatur. Die breite Masse der Arbeiterschaft - ohne die nach wie vor eine Veränderung der Gesellschaftsordnung unmöglich ist - und die Bauern wurden bisher von den beginnenden revolutionären Kämpfen - wie dies in Frankreich der Fall war - noch nicht erfaßt, obwohl es schon hier und da zur Vereinigung revolutionärer Studenten und Arbeiter kam. Hier müssen wir ansetzen: Unermüdlich in täglicher Kleinarbeit, anknüpfend an die alltäglichen Forderungen der Arbeiter müssen wir ihr schlummerndes Klassenbewußtsein wecken, um sie zu aufrechten, mutigen, bewußten und revolutionären Kämpfern für die Sache des Proletariats zu machen. Gleichzeitig aber müssen wir den Versuchen den Reformisten und Revisionisten aus der SPD und KPD, die durch Parolen wie die des Kampfes um Mitbestimmung und demokratischer Reformen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die Arbeiter zu verwirren suchen, entschieden entgegentreten und sie als Schufte und Einfaltspinsel - wie Lenin es formulierte - entlarven. Wir selbst aber, und darunter verstehen wir nicht nur die Gruppen der Marxisten-Leninisten, sondern auch die Genossen des SDS - die zur Zeit an der Spitze des Kampfes stehen - und die anderen revolutionären Gruppen, sollten unsere Kräfte vereinen, um der geplanten "demokratischen Front" der Revisionisten, die "revolutionäre Front" der Arbeiter und Studenten entgegenzusetzen.

ex-t

Heldenhafter Kampf französischer Arbeiter und Studenten

KPF rettet die Herrschaft de Gaulles

"Welche Elastizität, welche historische Initiative, welche Aufopferungsfähigkeit in diesen Parisern!"

KARL MARX

Das französische Proletariat gemeinsam mit der Studentenschaft haben im Mai/Juni der französischen Monopolbourgeoisie eine Schlacht geliefert, die beweist, daß die glorreiche Tradition der Pariser Kommune noch lebt. Die französischen Studenten haben Großtaten vollbracht, Universitäten und Schulen besetzt. Barrikaden errichtet. Bis zuletzt flatterte auf der Sorbonne das rote Banner der Revolution. Die französischen Arbeiter handelten als Helden. Zehn Millionen legten die Arbeit nieder. Sie besetzten Fabriken, stellten die Direktoren unter Arrest und setzten die revolutionäre der konterrevolutionären Gewalt entgegen. Schulter an Schulter kämpften Arbeiter und Studenten heldenhaft gegen die reaktionäre Polizei und CRS.

Dieser Kampf hat die Herrschaft der französischen Monopolbourgeoisie bis in ihre Grundfesten erschüttert. Er hat aber auch gleichzeitig den üblen Verrat der Führungsclique der französischen Revisionisten und der gelben Gewerkschaftsbonzen restlos entlarvt und diesen Knechten des Monopolkapitals die Maske vom Gesicht gerissen. Wie 1918 in Deutschland die Sozialdemokraten die Revolution der Massen zu Gunsten der Festigung des kapitalistischen Systems verrieten, verrieten die Führer der KPF und des kommunistischen CGT die revolutionäre Erhebung der französischen Werktätigen.

Ihre politischen Ziele haben die französischen Arbeiter und Studenten diesmal noch nicht erreicht. Die Bonzen der reformistischen Gewerkschaft hatten zunächst j e d e politische Zielsetzung entschieden abgelehnt und rein ökonomische Parolen ausgegeben. Als die Studenten mit revolutionären politischen Forderungen auftraten und die französischen Massen den Kampf begannen, wurden sie von den Revisionisten eilfertig und niederträchtig als "Pseudorevolutionäre" und "Agents provocateurs" beschimpft. Man ging sogar soweit, die brutalen Miß-

handlungen und Verhaftungen von hunderten und tausenden Studenten durch die Polizei als Folge von "Aufruhr und politischem Abenteurertum" hinzustellen.

Als gar die Studentenbewegung darauf zusteuerte, sich mit der Arbeiterbewegung zu verbünden und diese sich den Befehlen ihrer revisionistischen Bosse widersetzten und eine gewaltige Bewegung, die sich gegen das kapitalistische System selbst richtete, entstand, gerieten die Herren der KPF und der CGT vollends aus dem Häuschen. Glückselig nahmen sie den Vorschlag der französischen Regierung auf, sich an "dreiseitigen Verhandlungen" der Regierung, der Unternehmer und der gelben Gewerkschaften zu beteiligen, um ein "Übereinkommen" zur Wiederaufnahme der Arbeit zu erzielen.

Doch ihr auf dieser Basis ausgehandelter Kompromiß scheiterte. Die Arbeiter liessen sich nicht bewegen, für ein paar Franc Lohnerhöhung an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Um nicht vollends ins Hintertreffen zu geraten, gaben Liberale und Reformisten nunmehr die Parole des Rücktritts der Regierung und Bildung einer "Volksfrontregierung" aus. Drei Tage lang hielten die Arbeiterverräter ihre neue Rolle durch. Am 29. Mai zogen auf den Ruf der CGT hin mehr als eine halbe Million Menschen durch die Straßen von Paris. Die von den Spalier bildenden Zuschauern jubelnd begrüßten Renault-Arbeiter riefen der Menge immer wieder zuversichtlich zu: "Wir gehen den Weg bis ans Ende!"

Überall, in Frankreich wie im Ausland rechnete man mit dem Rücktritt de Gaulles. Da handelte dieser. Wußte er doch, er konnte sich auf seine revisionistischen Handlanger verlassen. "In einem für Frankreich entscheidenden Augenblick kam Maurice Thorez meinem Aufruf nach und half als Mitglied meiner Regierung die nationale Einheit erhalten", hatte er anläßlich des Todes des KP-Chefs erklärt. Dessen Nachfolger Rochet ist von der gleichen Sorte. De Gaulle kündigte die Auflösung der Nationalversammlung an, schrieb Neuwahlen aus und ließ gleichzeitig konterrevolutionäre Elite-Einheiten, wie die berüchtigten Fallschirmjäger, in der Umgebung von Paris konzentrieren. Er schuf "griechische Zustände", wie die niederländische Zeitung "De Volkskrant" treffend bemerkte.

Angesichts dieser Situation schlug der Studentenverband UNEF der CGT vor, gemeinsame Kampfdemonstrationen durchzuführen. Dieser lehnte ab und versuchte die Werktätigen zur Arbeitsaufnahme anzutreiben, unterstützt von den Knüppelgarden der Reaktion, die am 11. Juni zwei Peugeot-Arbeiter ermordeten. Am 12. Juni verhängte das Regime ein allgemeines Demonstrationsverbot für die Zeit vor den Wahlen. Elf revolutionäre Organisationen wurden verboten, darunter die UNION DE JEUNESSE COMMUNISTE MARXISTE-LENINISTE, die Jugendorganisation der marxistischen-leninistischen Partei Frankreichs. Vier weitere Organisationen wurden am folgenden Tage verboten. Konsequent wurde diese Maßnahme einige Tage später ergänzt durch die Amnestierung aller noch inhaftierten OAS-Gangster. (wird fortgesetzt)

"Der Opportunismus ist unser Hauptfeind. Der Opportunismus in den Spitzen der Arbeiterbewegung ist kein proletarischer, sondern ein bürgerlicher Sozialismus. Die Praxis hat bewiesen, daß die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeois selbst. Hätten sie nicht die Führung der Arbeiter in ihrer Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten." W. Lenin

---

Jugoslawischer Frühling

Während man in westdeutschen Gazetten den sogenannten "Prager Frühling", die Restauration des Kapitalismus in der CSSR, über den grünen Klee lobt, beschränkt man sich im Hinblick auf die Rebellion der jugoslawischen Studenten auf lakonische Meldungen. Die bürgerliche Journaille erkannte recht gut, daß das, was da in Jugoslawien geschah, nicht in ihrem Sinne liegen konnte.

Die Forderungen und Losungen der revolutionären Belgrader Studenten, denen sich die Studenten der anderen Universitäten des Landes mit Demonstrationen und Versammlungen anschlossen, lauteten:

"Proletarier aller Länder, vereinigt euch! - Wir kämpfen gegen die Restauration des Kapitalismus! - Nieder mit der 'roten' Bourgeoisie! - Nieder mit den 'sozialistischen' Aristokraten! - Die Universität muß mehr Arbeiter- und Bauernkinder aufnehmen! - Arbeiter und Studenten kämpfen gegen den Pseudosozialismus! - Wir wollen nicht, daß der Kapitalismus wieder aufersteht!"
Mit einigen Losungen wurde an die Arbeiter appelliert, sich zum Widerstand gegen die reaktionäre Herrschaft der Tito-Clique zu erheben.

(Fortsetzung Seite 4)

Aktionstag der KPD

Für "Wiederzulassung"

Ganz auf "breit" war die Propaganda der Hamburger Revisionisten zu ihrem Aktionstag am 20. Juni angelegt. Um das "Bündnis aller demokratischen Kräfte" zu demonstrieren, war sogar der berüchtigte "Christ" und Antikommunist, CVJM-Chef Gerhard Weber, als Gastredner gebeten worden. Ferner für die "fortschrittliche Intelligenz" der rosa angehauchte Schriftsteller Erich Fried aus London.

Alle Parolen waren möglichst flach und allgemein gehalten. Teilweise recht lustig, weil bezeichnend für das Denken der KPD-Revisionisten. "Mit dem DGB für Mitbestimmung", "für soziale Sicherheit", "Hafenarbeiter für Atomwaffensperrvertrag", "DDR anerkennen bringt Sicherheit", "für Demokratie, legale KPD und Mitbestimmung" (so das offizielle Motto), "Demokratie in Not durch KPD-Verbot", "Legalität für die KPD" usw. Für die rechte "Stimmung" sorgte ein umfangreicher Schalmeienzug, der die Noten der INTERNATIONALE (ehemalige Hymne der KPD) zu Hause vergessen hatte. Um es besonders "breit" zu machen, wurden zahlreiche schwarz-rot-goldene Fahnen mitgeführt.

Die Sache ging natürlich in die Hose, wie immer wenn die Revisionisten etwas ganz besonders "breit" machen wollen. Der Schalmeienzug sowie die eingetragenen Mitglieder nebst Kind und Kegel aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen stellten mehr als 80% der knapp 1000 Marschierer. Die revolutionäre Jugend war zu Hause geblieben, von irgendwelchen erhofften "demokratischen Kräften" ganz zu schweigen.

Nicht ganz allerdings. Eine Gruppe von etwa 60 Schülern, auch einige Studenten darunter, war erschienen. Auf sie konzentrierte sich die "revolutionäre Wachsamkeit" der Revisionisten. Ein Dutzend Ordner umrahmte das kleine Grüppchen. Als die Schüler untergehakt marschieren wollten, erklärte ein biederer Revisionist ihnen: "Das soll doch nach was aussehen. Wir hatten doch so schön Ordnung drin, Ihr seid ja der reinste Sauhaufen". Andere forderten die Einstellung der Sprechchöre, da sonst die Musik nicht mehr zu verstehen sei (!!). Unterdrückt wurden insbesondere Sprechchöre, in denen die Abschaffung des Kapitalismus gefordert wurde. Erlaubt hingegen war der Spruch: "Die NPD am Kragen fassen - die KPD ist zuzulassen!" Kritisch wurde es, als die Schüler riefen: "Wer hat uns verraten - Sozialdemokraten!". Aufgeregt und schwitzend erschien ein recht bekannter Bonze mit Flüstertüte und führte aus: mit den Sozialdemokraten wolle man noch einen Dialog führen und die "Aktionseinheit der Arbeiterklasse" herstellen. Schuld seien ja nur die "rechten Führer", und eigentlich auch bloß Wehner. Ob man nicht bitte irgend etwas rufen könnte, wo nicht von der Sozialdemokratie und ihrer historischen Rolle, sondern nur von der Person Herbert Wehners die Rede wäre? ... Der Bonze versuchte dann ohne allzuviel Erfolg, über Megaphon einen Sprechchor "Wehner, Höhne - Notstandssöhne" in Gang zu bringen.

Möglicherweise werden die Revisionisten behaupten, die knapp 1000 Mann seien eine "machtvolle Kundgebung" gewesen. Nach einiger Zeit werden sie es selbst glauben, denn an etwas muß der Mensch ja glauben. Beim nächsten Mal werden sie es dann noch "breiter" und noch sektiererischer machen, bis ihnen überhaupt nur noch die Mitglieder hinterhermarschieren. Und auch diesen wird eines Tages die Lust vergehen, pazifistische Sprüchlein in finsteren Seitengassen zu murmeln.

-me

Fortsetzung von Seite 3

Wie in kapitalistischen Ländern üblich, setzte auch die 'rote' Bourgeoisie Jugoslawiens gegen die machtvollen Demonstrationen der Studenten Knüppel, Wasserwerfer, Tränengas und Gewehre ein. Mehr als 100 Studenten wurden schwer oder leicht verwundet und 20 verhaftet. Die Studenten antworteten mit neuen Demonstrationen, hißten rote Fahnen und brachten Plakate mit folgenden Losungen an: "Nieder mit der Bourgeoisie!", "Wir haben genug von Korruption!", "Glaubt den Zeitungen nicht!" und "Die Zeitungen verbreiten Lügen!".

Mit der konterrevolutionären Doppeltaktik der brutalen Härte und der leeren Versprechungen versucht die Tito-Clique die Flammen des Widerstandskampfes des jugoslawischen Volkes zu löschen. Doch es wird ihr nichts nützen. Sie und die revisionistischen Herrschaften der anderen Staaten werden früher oder später von den Volksmassen ihrer Länder unweigerlich auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen.

DAUERINITIATIVE ...

Im ROTEN MORGEN (April) berichteten wir über einen Artikel des in Bergisch Gladbach erscheinenden "Informationsbrief" (IB). Wir schrieben, daß wir nicht beabsichtigen, zu diesem Artikel des IB eine Erwiderung abzugeben. Anscheinend haben wir uns aber nicht klar genug ausgedrückt, da in der Mai-Nummer des IB diese Geschichte noch einmal aufgewärmt wird.

Die Herausgeber des IB sind dafür bekannt, daß sie Selbstbefriedigung in endloser Diskutiererei über Gott und die Welt suchen. Hat einer ihrer "Diskussionspartner" das Spielchen satt, so wird unverzüglich irgend ein anderer angeschossen, der die Macke der IB-Leute noch nicht kennt.

Die Herausgeber des IB bezeichnen sich als "Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei". Zum größten Teil enttäuschte Dissidenten der SPD mit Neigung zu einer sozialdemokratischen Variante des "Trotzkismus" behaupten sie seit Jahren, unmittelbar vor der Gründung einer neuen Sozialistischen Partei zu stehen. Das trug diesen Hochstaplern schon vor längerem hähmische Fragen von seiten der Revisionisten ein, wie lange man wohl eine "Initiative" ausdehnen könne. Der IB kündigte daraufhin erneut den "sofortigen Aufbau einer neuen Sozialistischen Partei" an. (IB, Juli/August 1966). Im selben Artikel verstieg sich der Verfasser sogar zu der Behauptung, "daß bereits vor ca. 5 Jahren ... alle subjektiven Voraussetzungen für den Aufbau einer Sozialistischen Partei vorhanden waren ..." Ein halbes Jahr später, Anfang 1967, wiederholte der IB sein Versprechen, "die unmittelbaren Vorbereitungen zur Parteigründung zu treffen". "Gemeinsam mit den erreichbaren positiven Kräften aus der Arbeiterschaft muß man sofort zur Parteigründung übergehen". "Das nötige Minimum an Kräften ist vorhanden. Der Zeitpunkt ist gekommen ... Der Anstoß wird von einem Ort ausgehen und der Ruf richtet sich dann an alle. Von wo, das verraten wir nicht, aber wir fordern unsere Mitglieder und Freunde auf, sich bereit zu halten." (IB, Februar 1967)

Nun, die Herausgeber des IB sind allen Verheißungen zum Trotz auch heute, mehr als ein Jahr später, in der Sache noch um keinen Schritt weitergekommen. Obwohl das "nötige Minimum an Kräften" schon Anfang 1967 "vorhanden" war! Aber schuld daran ist natürlich nicht der "Initiativausschuß": Die Gründung einer neuen Sozialistischen Partei "hätte längst realisiert werden können, wenn die vielen uns bekannten Genossen auf uns gehört hätten .." (IB, Juni/Juli 1967)

Die Herausgeber des IB halten große Stükke auf sich und machen daraus auch gar keinen Hehl. Der entscheidende Fehler jener, die nicht "auf uns hören" wollen, liegt ja gerade darin, daß sie den Bergisch Gladbacher "Initiativausschuß" nicht als Nabel der Welt anerkennen. Ohne Bescheidenheit vorzutäuschen klagt der IB jene an, die einen "derart qualifizierten Kader wie den Initiativausschuß einfach übergehen oder nur am Rande als Potential für eine Sozialistische Partei in Rechnung stellen" wollen. Wenn andere Sozialisten die Rolle der Initiativausschüßler nicht gebührend zu würdigen wissen, "dann sind diese Leute suspekt und ihr Sozialismus ist menschenfeindlich". (IB, Juni/Juli 1967)

Klar gesagt: die Herausgeber des IB sind Aufschneider, die sich selbst (und sonst kaum noch jemandem!) mit ihrer Parteigründung etwas vormachen. Die darauf warten, daß alle anderen "auf uns hören" und sich artig um den "qualifizierten Kader" des Initiativausschusses zu einer neuen Partei versammeln. Bis dahin vertreiben sie sich die Zeit mit Diskussionen, z.B. ob "Stalin sich große Verdienste beim Aufbau und Ausbau der Sowjetunion erworben hat" (IB, April 67) oder ob Stalin nicht vielmehr "objektiv ein Feind des deutschen Proletariats und der Sowjetunion" war. (IB, März 1968) Und als diese Sozialisten im Sommer 67 einen Überblick über "Westdeutschlands Linke" gaben, bedienten sie sich ausgerechnet einer Artikelserie der Springerschen WELT, der sie "angemessene Objektivität der Berichterstattung" bescheinigten.
Wir haben schon vor zwei Monaten die Adresse des IB angegeben und hoffen, daß nunmehr umgekehrt der IB unsere Anschrift bekanntgeben wird. Jeder Interessierte mag sich dann seine eigene Meinung bilden. Eine möglicherweise monatelange "Diskussion" jedoch halten wir nicht für sinnvoll, schon auf Grund all jener Dinge nicht, die sich die Herausgeber des IB bisher geleistet haben. Wir haben dem "Initiativausschuß" schon zu Anfang des Jahres angeboten, gemeinsam Wege zur Zusammenarbeit zu finden. Wir halten dieses Angebot - trotz aller Vorbehalte, die sich noch verstärkt haben - weiter aufrecht.

Dazu wird es allerdings nötig sein, daß die-Herausgeber des IB wenigstens ein kleines Stück von ihrem hohen Roß herunterkommen. Hilfestellung bei seiner permanenten Geistesonanie jedenfalls werden wir dem IB nicht leisten.

- mn

Revisionistisches

BUDAPEST

Die "Exquisit" genannten Bourgeoisie-Läden in der DDR - eine Flasche Dujardin 80,-- DM - finden in revisionistischen Bruderländern eifrige Nachahmer. So wurden jetzt auch in Ungarn derartige Läden eröffnet, in denen man "Pall Mall", "Chesterfield"-Zigaretten, "Upman"-Zigarren (zu 14 Forint = 4,80 DM), französisches Parfüm (800 Forint = 274,-- DM) oder auch englische Terylen-Krawatten (144 Forint = 42,-- DM) kaufen kann.

Die empörten ungarischen Werktätigen beruhigt das KP-Zentralorgan "Népszabadság", sie möchten nicht so neidisch sein, schließlich stände so etwas Ärzten, Erfindern und den Direktoren der staatlichen Betriebe - die das 20- bis 50fache des Lohnes eines ungarischen Arbeiters erhalten - ja wohl zu. Und auf den Vorhalt, daß es Exklusiv-Hotels gäbe, in denen die Parteibürokratie mit devisenkräftigen Ausländern in trauter Eintracht zeche, erklärt "Népszabadság":"In Gaststätten zweiten und dritten Ranges kann man sich ebensogut satt essen wie im 'Hotel Gelliert'. Man muß sich nur nach der Decke strecken."

MOSKAU

Im Moskauer Hypodrom sind nach westlichem Vorbild neuerdings Pferdewetten zugelassen. Nach westlichem Vorbild werden ebenfalls - wie die "Literaturnaja Gaseta" berichtet - in dieser "Stätte der Volkserholung" vor den Rennen nicht selten Absprachen zwischen Jockeys und "Berufswettern" getroffen, um den Gewinn anschließend brüderlich zu teilen.

STALINGRAD
(nach revisionistischer Lesart Wolgobrad)

Zum Wallfahrtsort für Wunderheilungsgläubige hat sich das Dorf Orlowska in der Nähe Stalingrads entwickelt. 120 bis 150 Patienten aus "allen Teilen des Landes" kamen, wie "Trud" berichtet, zur Jekaterina Slobina, um sich gegen rollende Rubel von allen Leiden von der Migräne bis zum Rheuma mittels Wald- und Wiesenkräutern heilen zu lassen. Die Slobina gab sich als Tochter eines Feldmarschalls des Zaren aus, die "mit Glanz" 1905 das Petersburger medizinische Institut absolviert habe. Massenweise kamen die Menschen, obwohl sie nicht wußten, ob sie überhaupt bei der Slobina vorgelassen würden. Die Dorfbewohner machten daraus ein Geschäft und verlangten als Zimmermiete pro Quadratmeter täglich 1 Rubel (= 4,45 DM).

BUKAREST

Zu zahlreichen unbezahlten Überstunden wurden die Werktätigen rumänischer Industriebetriebe gezwungen. Wie das Organ der Volksräte "Romania Libria" feststellte, haben zahlreiche Betriebe im Verein mit der korrupten Gewerkschaftsführung "illegal" unbezahlte Überstunden angeordnet. So hat die Tuchfabrik Brasov Arbeiter einer Abteilung schon seit Beginn des Jahres täglich 1-2 unbezahlte Überstunden absolvieren lassen.

MOSKAU/BUDAPEST

Allabendlich treten seit dem 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Moskauer Bars jetzt auch - nach westlichem Vorbild - kaum bekleidete Mädchen auf. Das erste Moskauer Varieté-Restaurant seit der Zarenzeit machte mit der "Fleischbeschau" den Anfang.

In Budapest dreht man zur Zeit einen Film "Der Turm von Nesles", zu dem die französische Sex-Bombe Marie-Agnès als Sachverständige bestellt wurde, um ihrer ungarischen Kollegin Terry Torday Unterricht im Ausziehen vor der Kamera zu geben. Sex statt Sozialismus ist der letzte Schrei.

BELGRAD

Die jugoslawische "Volksvertretung" gab für ausländische Kapitalanlagen im Lande grünes Licht. Damit wurden Rechtsgrundlagen für die Beteiligung ausländischen Kapitals an der Wirtschaft geschaffen. Außer Unternehmen aus Italien und Österreich, zeigen sich auch die Kapitalisten der USA, Frankreichs und Großbritanniens an der Ausbeutung der jugoslawischen Werktätigen interessiert.

MOSKAU

In Anbetracht der sowjetischen Wirtschaftsreform, die den Gewinn zum Maßstab des wirtschaftlichen Erfolges macht, forderten Wirtschaftsexperten in der "Prawda" die Gründung einer Schule zur Ausbildung von Führungskräften nach westlichem Vorbild. Diese rote Manager-Schule sei durchaus im Sinne Lenins, behaupteten sie.

"Werkschutz" und "Werkselbstschutz"

Wichtige Organe der Notstandsplanung innerhalb der Betriebe, vor allem der Großkonzerne, bilden "Werkschutz" und "Werkselbstschutz". Beide Einrichtungen sind nicht ohne Tradition: in den Organisationen des "Werkschutz" und "Werkluftschutz" der Nazi-Zeit haben sie ihre Vorgänger. Der "Werkschutz" der Hitlerzeit war vorwiegend damit befaßt, Betriebsangehörige zu bespitzeln und "politisch Unzuverlässige" aufzuspüren. Demgegenüber sollte der "Werkluftschutz" zunächst in erster Linie für die Beseitigung von Kriegsschäden zuständig sein. Tatsächlich wurde aber die Trennung der beiden Organisationen spätestens während des Krieges praktisch aufgegeben; der "Werkluftschutz" entwickelte sich zusehens zu einer Organisation, die sich vor allen mit der Bekämpfung von "Sabotage" (= "absichtlich langsames und fehlerhaftes Arbeiten, Unpünktlichkeit, Vortäuschen von Erkrankungen, Ungehorsam, Miesmacherei, Flüsterpropaganda, Aufwiegelei" usw.) zu befassen hatte.

Aus dem zweiten imperialistischen Krieg ging das westdeutsche Kapital unangefochten hervor. Die Zeit von 1946-1949 wurde durch einen von den westlichen Siegermächten gestützten Wirtschaftsdirigismus überbrückt, der vertretungsweise die Funktionen des zerschlagenen faschistischen Staatsapparates und der kurzfristig diskreditierten Monopolherren übernahm.

Die Westmächte unter Führung der USA führten während dieser Übergangszeit den alten "Werkschutz" in eigener Regie fort. Sie organisierten eine "Industriepolizei" aus ehemaligen Angehörigen der faschistischen Wehrmacht. Mitglied der IP war damals u.a. auch der später zu trauriger Berühmtheit gelangte Kongo-Müller. Mit einer entsprechenden überbetrieblichen Terrororganisation, dem als "Heimatschutz" deklarierten ersten rein westdeutschen Kampfkommando, arbeitete die IP eng zusammen. Ähnliche Kontakte bestanden zur 1951 gegründeten "Gesellschaft für Wehrkunde", zur Organisation Gehlen und schließlich dem Amt Blanck, der ersten größeren militärischen Koordinationszentrale in Westdeutschland.

Seit dem Koreaboom spielte das westdeutsche Kapital wieder offen auf eigene Rechnung. Obwohl gerade erst zwei Jahre alt, bemühte sich der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schon 1950/51 wieder intensiv um den "industriellen Luftschutz". 1951 übertrug in der Tat das Bundesinnenministerium dem BDI die Vorbereitung des "industriellen Luftschutzes" als "Selbstverwaltungsaufgabe". Im gleichen Jahr wurde "in Erkenntnis der aus dem Osten drohenden Gefahr" der faschistische "Werkschutz" der Hitlerzeit unter gleichem Namen wieder ins Leben gerufen. Um im Folgenden die Übersichtlichkeit zu wahren, trennen wir die beiden Wege der Remilitarisierung der Produktion, "Werkschutz" und "Werkselbstschutz". Wir müssen uns aber dabei immer vor Augen halten, daß sie parallel und koordiniert verlaufen.

a) Werkselbstschutz

Diese Nachfolgeorganisation des faschistischen "Werkluftschutzes" ist dem Namen nach für den "industriellen Luftschutz", für den Schutz der Betriebe gegen Kriegseinwirkungen, Katastrophen usw. zuständig. Gesetzlich geregelt ist der "Werkselbstschutz" in den Artikeln 23-27 des im Sommer 1965 verabschiedeten "Selbstschutzgesetzes" (sog. "einfache Notstandsgesetze". Weitergehende Regelungen möchten die Vertreter der Monopole in einem "Arbeitssicherstellungsgesetz" festgelegt sehen.

Der Werkselbstschutz ist militärisch gegliedert in Truppe, Staffeln, Gruppen und Zügen. Einheitliche Uniformierung und mehrstündige "Übungen" sollen "Mannschaftsgeist" herbeiführen. Neben "Bergungsausbildung" und "Brandschutzausbildung" werden die Angehörigen des angeblichen nichtmilitärischen Werkselbstschutzes auch unterwiesen in "Sicherung der Werksanlagen gegen Diebstahl, Plünderung und Sabotage", "Objektschutz", in "Durchsuchung und vorläufige Festnahme", Waffengebrauch und "Notwehr".

Der "Werkselbstschutz" ist auch als Instrument zur Überprüfung der "Gastarbeiter" gedacht. Die Erfahrungen des 2. Weltkrieges, als der "Werkschutz" die ausländischen Zwangsarbeiter kontrollierte, sollen auch hier fortentwickelt werden. Einschlägige Paragraphen im Ausländergesetz und im offiziell noch nicht verabschiedeten "Aufenthaltsregelungsgesetz" sehen ausdrücklich die Zwangsverpflichtung ausländischer Arbei-

ter vor. Die so gebundenen Arbeitskräfte für die Produktion nutzbar zu machen, wird die Aufgabe der Werkselbstschutzkader in den Betrieben sein.

Nach Artikel 23 Abs. 1, des "Selbstschutzgesetzes" kann der Dienst im "Werkselbstschutz" an den Arbeitsvertrag gekoppelt werden: ein Arbeiter, der sich nicht im "Werkselbstschutz" betätigen will, kann fristlos entlassen werden. Mit dem Artikel 12a der neuen Notstandsgesetze haben sich die Monopolherren überdies vollkommen neue Perspektiven eröffnet. Danach kann der Bundestag jederzeit ohne besondere Begründung die unbegrenzte Dienstverpflichtung aller Männer über 18 Jahren anordnen.

b) "Werkschutz"

Die Aufgaben des "Werkschutzes" werden im "Ratgeber zur Durchführung vorsorglicher Maßnahmen zur Abwehr von Spionage und Sabotage in den Betrieben der Privatwirtschaft" des BDI so definiert:

1.) Schutz sämtlicher gefährdet erscheinender Industriebetriebe
2.) Sicherung gegenüber Spionage und Sabotage
3.) Bildung von Betriebsschutzorganen
4.) Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen "Betriebsschutz"-Formationen
5.) Beschaffung von Kenntnissen über "ordnungsfeindliche" Personen und Organisationen, über deren Arbeitsmethoden und Ziele
6.) ständiger Kontakt zu den staatlichen Sicherheitsorganen

Die Aktivitäten des "Werkschutzes" werden auf Bundesebene koordiniert durch die "Beratungsstelle für Betriebsschutz". Leiter dieser Institution ist Fritz Berendson, ehemaliger Oberst des Generalstabes, Beauftragter des Klöckner-Konzerns und für die CDU Mitglied des Bundestages. Die "Beratungsstelle" gibt kontinuierlich Empfehlungen an die Industrie heraus. Auf gute Zusammenarbeit mit den staatlichen Überwachungsstellen wurde von Anfang an - ganz wie unter dem Faschismus - allergrößter Wert gelegt. Über die "Beratungsstelle" bestehen enge Kontakte zu den Behörden und zum "Verfassungsschutz". Die Monopolherren achten dabei jedoch streng auf Wahrung ihrer "Selbstverantwortlichkeit".

In den letzten Jahren haben die westdeutschen Konzerne die Gelegenheit benutzt, im Windschatten der seit 1965 verstärkt geführten Debatte über Notstand und Notstandsgesetzgebung neue Realitäten zu schaffen. Es gibt kaum ein größeres Werk in der BRD, in dem nicht ein "Sicherheitsbeauftragter" sässe, Inzwischen ist der "Werkschutz" dreifach gegliedert: der "äussere Werkschutz" sichert das Betriebsgelände, die "Werkspolizei" überwacht die Belegschaften, ergänzt durch die dritte Abteilung, die "Spionageabwehr". Die "Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Wirtschaft" (GSW) in Essen, der mehr als 1000 Unternehmer angehören, organisiert die entsprechenden Ausbildungslehrgänge. Seit geplant ist, den Werkschutz in der Notstandsplanung zu verankern (das wird bisher noch von der SPD abgelehnt), hat die GSW Zahl und Intensität ihrer Kurse vervielfacht.

So hat die westdeutsche Industrie in den letzten Jahren eine sträff organisierte Privatarmee aufgebaut, die schon vor ca. vier Jahren ründ 60 000 gut ausgebildete, teilweise mit automatischen Waffen ausgerüstete und oft sogar kriminalpolizeilich geschulte Männer umfaßt.

(zusammengestellt aus Materialien, die vom SDS-Landesverband Hamburg herausgegeben wurden).

Sklavenhandel bei IG Farben

Daß der IG Farbenkonzern es mit der Menschenwürde nicht so genau nimmt, haben wir in der Nazizeit zur Genüge erfahren. Aber auch die Nachfolgeunternehmen des "entflochtenen" Konzerns nehmen es damit nicht so genau. Dort werden Menschen gehandelt wie Vieh. Natürlich nicht wie zuzeiten der Sklavenhaltergesellschaft auf offenem Markt, sondern auf moderne, elegantere Art.

So holt man beispielsweise Arbeiter aus Nordafrika mit Touristenvisa nach Westdeutschland, bringt sie in Baracken unter und läßt sie in den IG Farben-Betrieben arbeiten. Daß man für die Primitivunterkünfte stolze Mieten verlangt, gehört zum Geschäft,

Da diese Arbeiter keine Aufenthaltsgenehmigung haben, also die Arbeitsstellen nicht wechseln können, erhalten sie einen Hungerlohn, der bis zu 25 % unter Tarif liegt. Nach einer gewissen Zeit werden sie ausgewiesen. Aber wen juckt's, Nachschub ist reichlich vorhanden. Natürlich sind Bayer, Hoechst, BASF zu

fein, das schmutzige Ding selber zu drehen. Das überlässt man sogenannten Subunternehmern, was am Ergebnis jedoch nichts ändert. Die Herren der IG Farben waren ja auch damals zu fein, die Juden in Auschwitz selbst zu vergasen, das überließen sie der SS, aber das Geld, die Gewinne aus diesem Massenmord waren ihnen nicht zu schmutzig.

Die gleichen Herren Subunternehmer beschäftigen auch deutsche Arbeiter. Diese werden bei den IG Farben-Betrieben teilweise in der Produktion eingesetzt. Bei den meisten dieser Subunternehmer weigert sich sogar das Arbeitsamt, Arbeiter zu vermitteln - und das will schon was heissen. Die IG-Farben-Betriebe bezahlen für alle diese Arbeiter, auch die "importierten", den Subunternehmern den fünf- bis sechsfachen Tariflohn. Die Arbeiter selbst werden unter Tarif bezahlt. Einer dieser Subunternehmer, ein Herr Jean Löhring in Köln, hat, wie er in einem Fernsehinterview zugab, in drei Jahren drei Millionen DM "gemacht". Es macht ihm gar nichts aus, einen Berufsboxkampf (Elze/Duran) zu finanzieren, bei dem er einen Verlust von 50 000 DM hatte. Dieser Herr hat u.a. bei Bayer in Leverkusen, Dormagen usw. etwa 200 Arbeitsklaven beschäftigt. Ein Teil dieser Subunternehmer zahlt die Löhne oftmals unregelmässig aus, wobei ein zusätzlicher Gewinn entsteht. Natürlich wechseln bei diesen Firmen die Arbeiter laufend. Aber das ist nicht wichtig, denn der Rubel rollt ja.

An der Höhe der Summe, die die großen Chemiekonzerne an diese Subunternehmer zahlen, kann man aber auch erkennen, daß das Gerede - wenn Lohnerhöhungen verlangt werden - von "unumgänglichen" Preissteigerungen und Schädigung der Wirtschaft leere Phrasen sind. Sie würden für einen ungelernten Arbeiter keine 25,-- bis 30,-- DM die Stunde bezahlen, wenn ihnen diese Arbeitskraft nicht mindest das 10fache einbringt - also können sie auch bei allen Arbeitern diese Löhne zahlen. Aber die Konzernherren weinen bittere Tränen, wenn sie nur 10 Pfennig pro Stunde Lohnerhöhung zahlen sollen, sie malen das Gespenst der Gefährdung der Arbeitsplätze an die Wand.

Wir sollten deshalb nicht nachlassen, unsere berechtigten Forderungen zu stellen und auch nicht auf das Gerede von gekauften Subjekten in den Gewerkschaften hören, sondern unsere berechtigten Forderungen stellen und für diese Forderungen kämpfen, sprich streiken.

G. Ackermann

"SPANNUNGSFALL" selbstgestrickt

Wie manipuliert man einen notstandsreifen "Spannungsfall"? Die Kiesinger, Brandt, Springer & Co. demonstrierten es uns, nachdem Mitte Juni der Paß- und Visumzwang im Westberlin-Verkehr eingeführt worden war. In den Nachrichten von Rundfunk und TV wurde die Angelegenheit bewußt hochgespielt: ausführliche Meldungen an bevorzugter Stelle, Kurzinterviews mit "Zonenreisenden", Kommentare zur "neuen Berlin-Krise". Brandt brach einen Besuch in Wien ab und kehrte hastig nach Bonn zurück. Kiesinger eilte nach Westberlin, um "über die neue Lage zu beraten". Die Besatzungsmächte wurden mobilisiert. Die Springerpresse geiferte: "Gefahr!! Wieder einmal haben die Kommunisten zum Schlag gegen Westberlin ausgeholt." Man müsse jetzt "handeln", "Gegenmaßnahmen ergreifen" usw.

Man mag geteilter Meinung darüber sein, ob die Maßnahmen der Regierung der DDR in dieser Form zweckmässig sind und die treffen, die gemeint sein sollten, die Bonner Alleinvertretungsfaschisten. Auf jeden Fall hat die DDR als souveräner Staat ein Recht dazu.

Welches Recht hat jedoch der Moskauer Botschafter in Ostberlin, Abrassimow, sich mit einen der prominentesten Alleinvertretungsapostel, Bundesaußenminister Brandt, in seiner Villa in der DDR zu treffen, um mit ihm Fragen eben dieser Einführung des Paß- und Visazwanges zu besprechen. Ist er der Außenminister oder Staatschef der DDR? Wie kommt er dazu, über Dinge zu verhandeln, die einzig und allein im Zuständigkeitsbereich der DDR liegen?

Es ist wahrlich höchste Zeit, daß sich die Werktätigen der DDR ein für allemal die Einmischung der Revisionisten-Clique der Sowjetunion in ihre Angelegenheiten verbitten und ihre revisionistische Führung, die sich freiwillig in die Rolle des Speichelleckers der Sowjetrevisionisten begibt, zum Teufel jagt.

R O T E R   M O R G E N

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, 2 Hamburg 71, Carl-Bremer-Ring 19.
Erscheinungsweise vorläufig monatlich.
Einzelpreis 20 Pfennig. Jahresbezugspreis 5,-- DM (einschließlich Porto).
Postscheckkonto: Hamburg Nr. 2627 67

Ein Brief aus China

zum 150. Geburtstag von Karl Marx

Mit freundlicher Genehmigung der Empfängerin veröffentlichen wir nachfolgend den Brief einer Hamburgerin, die zur Zeit in Peking arbeitet.

Peking, 5. Mai 1968

Liebe Anni,

heute ist der 5. Mai 1968, ein historisch bedeutungsvoller Tag: Vor 150 Jahren wurde Karl Marx geboren, der mit seinem wissenschaftlichen Sozialismus nicht nur die damals weit und breit geachtete und anerkannte Lehre Hegels, des Vollender des deutschen Idealismus, umkehrte, sie "vom Kopf auf die Füße stellte", sondern nach und nach die ganze Welt von Grund aus aufwühlte und in Bewegung versetzte - mit dem Ziel der Befreiung des Menschen von jedweder Ausbeutung durch einen anderen Menschen. Völlige Emanzipation, die Selbstverwirklichung des Menschen, wird angestrebt.

Denken wir drei Jahre zurück, Anni, ich war noch in der Bundesrepublik Deutschland: Karl Marx und seine Lehre schienen dem Museum anzugehören, waren - wie oft konnte man das vernehmen! - überholt, die Arbeiterklasse, an die der Marxismus in erster Linie gerichtet war, hätte sich zur Arbeiteraristokratie hochentwickelt und wolle nichts mehr von Kampf und Revolution wissen, sie sei mehr als 100prozentig zufriedengestellt.

Erinnerst Du Dich noch an unser Entsetzen, Anni, als 1959 auf dem Godesberger SPD-Parteitag mit der Annahme eines neuen Grundsatzprogramms Marx offiziell über Bord geworfen wurde? Ich sehe noch lebhaft all die entsprechenden Zeitungskarikaturen vor mir. Und da man 1956 die Kommunistische Partei verbot, gibt es seit 1959 keine in breiter Öffentlichkeit wirkende marxistische Partei mehr. Oft haben wir uns Gedanken darüber gemacht, wie sich diese Tatsache auf die heranwachsenden jungen Menschen auswirken wird: keinerlei Möglichkeit einer unmittelbaren Konfrontation mit dem praktischen Marxismus.

Außerdem beobachteten wir voller Sorge die Entwicklung der Sowjetunion zu einem technokratischen Staat - technokratisch sowohl hinsichtlich der Vorherrschaft von Technik über Wirtschaft und Politik als auch hinsichtlich der Beherrschung von Menschen. Eine bedenkliche Annäherung an die USA! Die Unterschiedsspanne zwischen Kossygin, Breschnew, Podgorny einerseits und Johnson andererseits wird sichtlich geringer, und ebenso verhält es sich mit dem Abstand zwischen der sozialen Situation der breiten Volksmassen in der Sowjetunion und der in den USA. Sie werden in beiden Ländern von Technikern der Macht beherrscht, haben kein Mitbestimmungsrecht, keine Kontrolle über die Geschehnisse im Staat, und der in den 20er Jahren in der Sowjetunion angetretene Weg zur Selbstverwirklichung des Menschen ist abrupt verlassen worden. Man geht jetzt den Weg der Heranbildung von Dienern des Sowjetstaates, nicht mehr den der Erziehung von emanzipierten Menschen. Wie in den USA tritt immer mehr die statistisch nachweisbare Leistung in den Vordergrund, der Sinn für statistisch nicht faßbare menschliche Züge, für Unwägbares, geht dabei verloren. Beachten wir die betont humanistische Grundkonzeption des Marxismus, die in Verbindung mit dem Ziel der Selbstverwirklichung des Menschen vor allem in der Analyse der Arbeit zum Ausdruck kommt, kann von einem marxistischen Leitbild in der Sowjetunion nicht mehr die Rede sein.

Die Selbstverwirklichung des Menschen - biologisch, humanistisch, das heißt anthropologisch gesehen - erfolgt durch Arbeit, durch Arbeit, die Freude bereitet. Anni, wir haben uns oft über dieses Thema unterhalten, und es ist wirklich ratsam, bei Marx wieder nachzulesen, was er darüber bringt. Für ihn waren Arbeit und Kapital nicht lediglich ökonomische Kategorien, wie oft fälschlicherweise interpretiert worden ist. Sie waren für ihn vielmehr anthropologische Kategorien, die von seiner humanistischen Wertung her bestimmt waren. Arbeit als Wirken, als Lebenstätigkeit des Menschen begriffen, als Selbstzweck, sinnvoller Ausdruck der menschlichen Energie. Daher die Kritik am Kapitalismus: Verkehrung der Arbeit in erzwungene, entfremdete, sinnlose Arbeit, durch die der Mensch in eine "verkrüppelte Monstrosität" verwandelt wird. Entsprechend dem Ziel der menschlichen Entwicklung - Entwicklung des totalen, universalen Menschen - muß der Mensch von dem verkrüppelten

Einfluß der Spezialisierung befreit worden; Hauptaufgabe ist also die Umformung der entfremdeten, sinnlosen Arbeit, wie sie unter den Bedingungen des Kapitalismus auftritt, in produktive, freie Arbeit. Nicht die bessere Entlohnung - wie man so häufig in verzerrender Weise betont hat - ist das zentrale Thema von Marx. Richtschnur ist für ihn die Schaffung einer kommunistischen Gesellschaft, in der der Mensch nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jeden beliebigen Zweige ausbilden kann, wo die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und es jeden möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun: zu jagen, zu fischen, Viehzucht zu treiben, zu kritisieren - ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden. Bei Einengung der sozialen Tätigkeit entwächst die Gesellschaft der notwendigen Kontrolle durch jeden einzelnen - genau wie es mir, bevor ich nach China ging, täglich entgegentrat, vor allem in der Erziehungs- und Bildungsarbeit. Sehr anschaulich schrieb mir darüber kürzlich ein Hamburger Kollege: "Wir (die Lehrer) kleben wie die Fliegen am Leim, am ständig wuchernden Krebs unserer Verwaltung, die mehr und mehr unsere Pädagogik bevormundet und sich als willfähriger Funktionär des Diktats unserer Produktionsbedingungen ausweist." Mit den Parolen "Seid nett zueinander" (in Angleichung an den US-"keep-smiling"-Slogan), "Keine Experimente" wich man konkreten Auseinandersetzungen aus, wurden "heikle Fragen" tabuiert, so daß jeglicher Einblick in die Funktion der mythologisierten pluralistischen Gesellschaft, in das gepriesene Establishment versperrt war.

Statische Sicherheit war gegeben. Doch die letzten 1 1/2 Jahre haben sie mächtig ins Wanken gebracht. Die Bildung der großen Koalition, die der weiteren Festigung des Bonner Establishment dienen sollte, rief mit der praktischen Ausschaltung der offiziellen politischen Auseinandersetzung die breite außerparlamentarische, das heißt inoffizielle politische Auseinandersetzung auf den Plan. Und im Zuge damit wurden plötzlich Marx und der Marxismus wieder lebendig.

Welche erstaunliche Anzahl marxistischer Schriften erschien allein im vergangenen Jahr! In fast allen wird die bekannte Argumentation zu den angeblichen Fehleinschätzungen von Marx - wie z.B. die Verelendungstheorie, die Theorie von der industriellen Reservearmee, die Konzeption von der Möglichkeit einer erfolgreichen Revolution allein in einem hochindustrialisierten Land - sowie die angebliche Vernachlässigung einer Analyse von Staat, auswärtigem Handel, Weltmarkt (im Vergleich zu den vielen Seiten über Kapital, Grundeigentum, Lohnarbeit) als unwesentlich gestreift und der strategisch-taktische Kampf zur Erreichung des Hauptziels - der emanzipierte Mensch oder die Selbstverwirklichung des Menschen - durch ständige Analyse der Gesellschaft und entsprechende Aktionen in den Vordergrund gestellt.

Wie wohltuend, Anni, wieder Derartiges lesen zu können, auch wenn ich nicht mit allen der neuen Marx- und Marxismus-Interpretationen übereinstimme! Doch es sind ernste Bemühungen um einen konkreten Standpunkt, was jahrelang so völlig fehlte. Die Versuche von Klaus Mehnert in "Deutscher Standort" (1967), von Eugen Böhler in "Die Zukunft als Problem des modernen Menschen" (1966) und auch von Karl Jaspers in "Wohin treibt die Bundesrepublik?" (1966) sind dagegen mehr oder weniger Ausdruck von Hilflosigkeit, die sich in teilweise ausgesprochen metaphysischen Spekulationen äußert - Wasser auf die Mühle der neuen Nazipartei, der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD), die sowohl gegen die neue außerparlamentarische Opposition als aber auch gegen das Bonner Establishment von Amerikas Gnaden ins Feld zieht. Anni, eine geradezu erschütternde Analyse dieser NPD bringt das kürzlich erschienene ro-ro-ro-Buch (990) "Die Restauration entläßt ihre Kinder - oder - Der Erfolg der Rechten in der Bundesrepublik". Wenn man die in diesem Buch von 12 bekannten Publizisten stammenden Beiträge gelesen hat, muß man feststellen, daß von 1845, als Marx über die "Deutsche Ideologie" schrieb, bis heute keinerlei grundlegende Änderung in Deutschland eingetreten ist, vor allem nicht im westlichen Teil. Die Kritik, die Marx vor nunmehr 123 Jahren an der Tendenz der deutschen Philosophie zu Spekulation, Mystifikation, Mythologie, Metaphysik übte, trifft haargenau noch heute für die Bundesrepublik zu. Bei der NPD scheint sich zu all den altbekannten Blut- und Boden-Mythen ein neuer Mythos hinzugesellt zu haben, nämlich der Mythos von einem "revolutionären Konservativismus" - das neue Zugtier, der neue Rattenfänger!

Du kannst Dir sicherlich vorstellen, An-

ni, wie glücklich ich bin, seit 2 3/4 Jahren in einem Land zu leben, in dem man dabei ist, eine neue Welt im Sinne des unverfälschten Marxismus - das heißt eines realen Humanismus - aufzubauen. Hat Marx den theoretischen Grund gelegt für den Kampf um die Emanzipation des Menschen als Gattung Mensch, so ist heute das Genie Mao Tse-tung der große Praktiker, dem der Marxismus als Richtschnur gilt, als eine Anleitung zum Handeln, - keinesfalls als Dogma!

Als Leitfaden sah ja selbst Karl Marx den Marxismus an. All die Sophismen, Kanons, die im Laufe der Jahre seit Marx' Tod auf Grund der verschiedenartigsten Interpretationen der nachgelassenen Werke (eines Torsos!) aufkamen, all die Sektiererstreitigkeiten sind dem Wesen nach antimarxistisch - da dogmatisch; sie haben die Kontinuität der Revolution stark beeinträchtigt, aber nicht aus der Welt geschafft. Sie ist gegenwärtig und auch für die Zukunft gesichert angesichts der lebendigen, undogmatischen Weiterentwicklung der Erkenntnismethode von Karl Marx durch Mao Tse-tung, der die von Marx vorwiegend für die Industriestaaten Westeuropas bestimmten Entwicklungsgesetze auf asiatische Verhältnisse übertragen und dementsprechend für die Agrarstaaten Asiens bestimmte Entwicklungsgesetze aufgestellt hat. Doch darüber hinaus versteht er es, wie heute kein anderer, die Gegenwart im Weltmaßstab zu durchleuchten und so auf breitester Ebene - über Asien hinaus - zu helfen, die Geburtswehen der kommenden sozialistischen Gesellschaft zu mildern. Gelangte Marx durch ein intensives philosophisches Studium zum wissenschaftlichen Sozialismus, so Mao Tse-tung von der empirischen, tatsächlich wirksamen Wirklichkeit der unmittelbaren Erfahrung: Im Elternhaus, einer reichen Bauernfamilie, fing es an, wo die Mißhandlung der Mägde und Knechte durch seinen Vater eine tiefe Empörung gegen Ungerechtigkeit in ihm auslöste. Gespräche mit diesen Mißhandelten ließen ihn hellwach werden, denn er erfuhr, daß es viele Unterdrückte, Unfreie in seinem Dorf sowie in den Nachbardörfern gab und erkannte bald, daß es im ganzen Land derart bestellt war. Marx setzte für die Industriestaaten Europas die Emanzipation, die Selbstverwirklichung des Menschen in einen inneren Zusammenhang mit der industriellen Entwicklung; Mao Tsetung fand den Ansatz zur Befreiung des Menschen aus der Unterworfenheit unter andere auf dem Lande. Seine anthropologische Geschichtsinterpretation, daß der Mensch seine eigene Geschichte gestaltet, das heißt die Menschen selbst die Autoren und Akteure ihrer Geschichte sind, basiert auf Beobachtungen seiner nächsten Umgebung wie auf intensiven historischen Studien in der Jugendzeit. Der allseitig schöpferische Mensch wurde zum Leitbild - ein Leitbild, das nur in der sozialistischen Gesellschaft verwirklicht werden kann. Kein leichter Weg dahin in dem damals halbfeudalen, halbkolonialen China mit 450 Millionen Menschen, von denen über 80 % Analphabeten waren! Welche tägliche Aufklärungsarbeit war nötig, welche Kämpfe auf Leben und Tod mußten allein geführt werden, um das Land zunächst einmal von fremden Mächten zu befreien, was schließlich nach jahrzehntelangem Ringen im Jahre 1949 gelang. Die Volksrepublik China wurde gegründet. Der Kampf war damit keineswegs beendet. Hunger, Seuchen, Analphabetismus mußten beseitigt werden: Man trat jetzt einen langen Marsch sozialistischer Aufbauarbeit an, der anfänglich kollektiv geleitet wurde, aber heute eindeutig von Mao Tsetung geführt wird.

Welche Genugtuung, Anni, wäre es für Karl Marx, könnte er erleben, wie hier in China sein wissenschaftlicher Sozialismus unter der genialen Führung von Mao Tse-tung systematisch - Schritt für Schritt! - praktiziert wird. Weißt Du, die Notwendigkeit des so langsamen - fast schleppenden, schrittweisen Vorgehens leuchtete mir am Anfang meines Hierseins schwer ein, ist mir aber im Laufe der Kulturrevolution völlig klar geworden.

Vergleichen wir einmal die mehrtausendjährige geschlossene Geschichte Chinas mit einem hohen Baum, der morsch geworden war und nun 1949 gefällt wurde! Der angefaulte Stamm und die angegangene Krone wurden vernichtet, aber der Stumpf mit den verrotteten Wurzeln blieb zurück. Dieser Stumpf trieb einen jungen Sprößling - ein schwacher Beginn eines neuen Lebens, einer neuen Gesellschaft, die zu einer sozialistischen Gesellschaft heranwachsen soll. Deshalb müssen die alten Wurzeln ausgerodet werden, damit der frische Trieb neue Wurzeln schlagen und gedeihen kann. Eine gärtnerische Aufgabe, eine Arbeit, die Umsicht, Sorgfalt, Geduld und Ausdauer verlangt (alles Eigenschaften, die den Chinesen eigen sind!); es handelt sich, mit anderen Worten, um eine ausgesprochene Erziehungsaufgabe: Beseitigung von Analphabetismus; syste-

matische Durchführung von aufklärenden Analysen, von Kritik und Selbstkritik, von öffentlichen Wandzeitungskampagnen; Abschaffung der Klassengegensätze sowie Förderung der Allgemeinbildung durch regelmässigen Landeinsatz, Fabrikeinsatz usw. Da ist, wie es gerade die jetzige Kulturrevolution zeigt, Mao Tse-tung ein einzigartiger Erzieher. Er tut so, als ob alles Vorpreschen auf dem langen Marsch zum Sozialismus unmittelbar von den breiten Volksmassen ausginge und er selbst davon mitgerissen würde. In Wirklichkeit gibt er aber,unbemerkt, die Anstöße und hält jeweils alle Fäden in seiner Hand. Eine meisterhafte pädagogische Strategie und Taktik! Ein Teil des demokratischen Zentralismus; die Volksmassen unauffällig von oben her in Bewegung versetzen, Reaktionen und Aktionen beobachten, dementsprechend Schlüsse ziehen und im Interesse des anzustrebenden Sozialismus die Fäden spielen lassen. Also von Zeit zu Zeit zur Entfaltung ermuntern, das Wachstum aufmerksam beobachten - vor allem lauschen können! - und immer wieder die Spreu von Weizen sondern. Wieviel Spreu ist allein in der Zeit, da ich in China bin, hinweggefegt worden, wie viele alte verfaulte Wurzeln wurden ausgerodet: feudalistische, kolonialistische Überreste, die sich in einem Hang zu hierarchischem, autoritärem, servilem, bürokratischem Denken und Tun äußern, vor allem in der älteren und mittleren Generation. Im Zuge der jetzigen Gründung von vorläufigen neuen Machtorganen im ganzen Land, die jeweils von Vertretern der revolutionären Massenorganisationen, der führenden revolutionären Kader und von führenden Angehörigen der Volksbefreiungsarmee gebildet werden, verschwinden nach und nach die letzten Haupthindernisse auf dem Weg zum Sozialismus: statt autoritärer Bürokratie unmittelbare Mitbestimmung und dadurch - genau im marxistischen Sinne - Erreichung der Selbstverwirklichung des Menschen. In vielen Fabriken, Volkskommunen und Instituten ist man gar nicht mehr so fern vom Ziel: Man baut bewußt den Fließbandarbeiter ab, der keinerlei Einsicht in das Gesamtgetriebe hat, von jeglicher Kontrollmöglichkeit ausgeschlossen ist, indem in bestimmten Zeitabständen die Arbeitsplätze ausgewechselt werden und somit jeder den Arbeitsprozeß von A bis Z kennenlernt. Du kannst Dir vorstellen, Anni, wie ich persönlich besonders auf die Umgestaltung der Kinder- und Jugendlichenerziehung gespannt bin!

Genau wie man den Menschen Karl Marx und sein Werk zu seinen Lebzeiten und erst recht danach auf die ausgeklügeltste, hinterhältigste Weise zu diffamieren versuchte, geschieht das gleiche heutzutage gegenüber Mao Tse-tung. Sei es, daß man die Stahlkampagne von 1958, bei der in ganz China alle möglichen Klein- und Kleinsthochöfen in Stadt und Land wie Pilze aus der Erde schossen, lächerlich machte, weil man lediglich ökonomisch-statistische Maßstäbe anlegte und die kolossalen volkserzieherischen Werte total ignorierte; sei es, daß man mit dem Vorwurf des "Personenkults" kommt und diese Platte bis zum Erbrechen auflegt und abspielt, sei es, daß man mit dem primitiven Mittel der "Senilität" operiert - das kann alles nichts nützen, kann auf die Dauer die Wirklichkeit, die Wahrheit nicht vertuschen. Die "Unruhe" hier ist eine schöpferische Unruhe.

Paul Lafargue betont in seinen "Persönlichen Erinnerungen an Karl Marx", seinen Schwiegervater: "Sein (Karl Marx' Gehirn glich einem Kriegsschiff, das unter Dampf im Hafen liegt; es war stets bereit, nach allen Richtungen des Denkens auszufahren". Und Siegfried Landshut, einer der bekannten Marx-Interpreten der Gegenwart, schreibt in der Einleitung der 1953 von ihm herausgegebenen Frühschriften von Karl Marx darüber, welche "außergewöhnliche Vereinigung der glänzendsten Geistesgaben mit einer alles verzehrenden Heftigkeit des Gemüts fast aus jedem Brief (des jungen Karl Marx an den Vater) spricht". Weiter: "In der Macht der Leidenschaft dieses Geistes liegt eine außergewöhnliche Kraft beschlossen". Auf Grund solcher Charaktereigenschaften war es Marx gegeben, unbeirrbar die Sache der unterdrückten, unfreien Menschen zu verfechten, ihnen mit dem wissenschaftlichen Sozialismus - dem Marxismus - einen Leitfaden für die Befreiung in die Hand zu geben. Darin scheute er nicht, auch auf die Bedeutung von Gewaltanwendung hinzuweisen, und zwar Gewaltanwendung als Geburtshelferin der alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.

Der Leitfaden geriet in die Hände eines hervorragenden Schülers, Mao Tse-tung, der - mit ähnlichen Charaktereigenschaften ausgestattet wie Karl Marx - diesen Leitfaden in genialer Weise ergänzt sowie weiterentwickelt hat, und das sowohl theoretisch als vor allem praktisch. So ist China heute das Sturmzentrum der Revolution geworden.

Alle Hinweise, Anweisungen und Erklärungen, die von Mao Tse-tung kommen, finden weit und breit Beachtung - wie z.B. die jüngste Erklärung vom 16. April zu der Ermordung von Martin Luther King - und geben den Revolutionären überall in der Welt einen gewaltigen Auftrieb.

Anni, Karl Marx ist also nicht tot! Er lebt im immer noch gültigen Marxismus weiter!

Wie wird man wohl heute in Deutschland den 150. Geburtstag begehen - in der BRD und DDR? Ob es in der BRD außer der Herausgabe einer Karl-Marx-30-Pfennig-Briefmarke in 30 Millionen Exemplaren wohl noch andere offizielle Ehrungen gibt, z. B. in Trier, dem Geburtsort? Oder überläßt man eine solche Obliegenheit der außerparlamentarischen Opposition oder sogar nur der linken Studentenschaft? Schreibe mir bitte einmal darüber.

Das ist ein langer Brief, Anni, und ich könnte ihn noch stundenlang fortsetzen; aber heben wir das für später auf. Heute, am 150. Geburtstag von Karl Marx, mußte ich mich einfach hinsetzen und schreiben und schreiben aus der Fülle von Gedanken, die mich an diesem denkwürdigen Tag beschäftigen. Wäre der heutige Tag kein Sonntag, sondern ein Wochentag, hätte ich neben meiner beruflichen Tätigkeit kaum die Zeit zu diesen Zeilen gefunden.

Herzliche Grüße aus Peking!

Deine Lisa.

K ä m p f e

JAPAN: In Japan erreichte Mitte Juni die Bewegung gegen den US-Imperialismus, für Aufhebung der bilateralen japanisch-amerikanischen Abkommen, einen neuen Höhepunkt. Diese Bewegung wird von fast allen Teilen der Bevölkerung, Arbeitern, Angestellten, Bauern, der lernenden Jugend und der patriotischen Bourgeoisie unterstützt. Insbesondere richtet sich der Zorn der japanischen Bevölkerung gegen die zunehmende Verwicklung ihres Landes [illegible] Vietnamkrieg. In Japan befinden [illegible] wichtige Militärhospitäler der USA sowie Reparaturwerkstätten, Luft- und Seestützpunkte.

In fast 50 Städten wurden am 15./16. Mai Demonstrationen durchgeführt. Die Arbeiter, Bauern und Studenten verwandelten diese von der Bourgeoisie als pazifistische Kundgebungen geplanten Veranstaltungen in Kampfaktionen. Mehr als 100 Polizisten wurden verletzt.

ITALIEN: Über die Druckerei des CORRIERE DELLA SERA, einer halbfaschistischen Tageszeitung, wurde am Abend des 7. Juni von jungen Arbeitern, Schülern und Studenten Mailands der Belagerungszustand verhängt. In der Umgebung der Druckerei wurden zahlreiche Straßensperren errichtet, um die Auslieferung der Zeitungen zu verhindern. Obwohl starke Polizeieinheiten aufgeboten waren, gelang es den Demonstranten, einen Zeitungswagen zu erobern und in Flammen aufgehen zu lassen. Später wurden Barrikaden in den wichtigsten Straßen der Innenstadt errichtet, das Pflaster wurde aufgerissen. Bis in den frühen Morgen gab es Zusammenstöße mit der Polizei, wobei 14 Polizisten verletzt wurden. Ferner griffen die Demonstranten Filialen von FIAT, MOTTA und anderen Großunternehmen an und verwüsteten sie.

TÜRKEI: Am Abend des 10. Juni besetzten Studenten die Philologische Fakultät der Universität von Ankara und forderten den Rücktritt des reaktionären Direktors der Fakultät. Bis zum 12. Juni befanden sich insgesamt 20 000 türkische Studenten in Streik. Bis zum 17. Juni war diese Zahl auf über 60 000 angewachsen. Die streikenden Studenten fordern eine Reform des Bildungswesens.

URUGUAY: In der Nacht zum 13. Juni lieferten sich 1000 Studenten und 800 Polizisten eine blutige Schlacht auf dem Gelände der Universität von Montevideo Die Polizisten gingen mit Wasserwerfern, Knüppeln und Tränengas vor und gaben "Warnschüsse" ab. Zuvor hatte in Montevideo eine Demonstration von Arbeitern und Studenten gegen Fahrpreiserhöhungen und steigende Lebenshaltungskosten stattgefunden.

ARGENTINIEN: Das Hauptgebäude der Universität von La Plata, 32 km südlich von Buenos Aires, wurde am 12. Juni von Studenten besetzt, später jedoch von der Polizei "geräumt". Die Militärdiktatur Ongania verhängte eine Nachrichtensperre.

In Buenos Aires kam es am Abend des 16 Juni zu Zusammenstößen mit der Polizei Die Studenten und Arbeiter setzten einen Streifenwagen der Polizei in Brand. Weitere Zusammenstöße werden gemeldet aus Tucuman, La Plata und Rosario.

\+ + +